

Chronologie

November / Dezember 2004*

November

1.11. Am 50. Jahrestag des Beginns des Algerienkrieges erklärt Staatspräsident Jacques Chirac, er wünsche sich, dass die Freundschaft zwischen den beiden Ländern die gleiche Antriebskraft auf den Austausch zwischen Europa und Nordafrika entwickelt, wie der deutsch-französische Motor auf die Europäische Union. Für 2005 ist die Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrages zwischen Frankreich und Algerien geplant.

2.11. In der Assemblée Nationale wird der Gesetzentwurf zur Finanzierung der Sozialversicherung für 2005 verabschiedet. Die Regierung geht davon aus, dass die Ausgaben der Krankenkassen im Jahr 2005 trotz des hohen Defizits im Jahr 2004 um 3,2 Prozent auf 134,9 Milliarden Euro steigen werden. Der Anstieg fiel damit allerdings geringer aus als 2004, als die Kosten um 4,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen waren.

2.11. Paul Champsaur, Präsident der Regulierungsbehörde für Telekommunikation (ART), kündigt in der Tageszeitung „Le Monde“ an, dass die Gebühren für Gespräche vom Festnetz zu Mobiltelefonen in den nächsten zwei Jahren um 25 Prozent sinken werden. Die drei führenden Anbieter auf dem französischen Markt, Orange, SFR und Bouygues Telecom, sollen bis 2007 ihre Kosten um 37 Prozent senken, innerhalb der nächsten drei Jahre insgesamt um 50 Prozent. Etwa 11 Prozent aller in Frankreich vom Festnetz geführten Telefonate gehen an Mobiltelefone. Ursprünglich waren die höheren Gebühren als indirekte Subvention für die Mobilfunkunternehmen gedacht gewesen, die nach der gelungenen Platzierung der Unternehmen als nicht mehr notwendig angesehen wird.

3.12. Statt des von UMP-Präsident Nicolas Sarkozy vorgeschlagenen Kandidaten, Claude Guéant, ernennt Staatspräsident Chirac Pierre Mutz zum Polizeipräfekten. Dessen Amtsvorgänger, Jean-Paul Proust, geht in den Ruhestand. Pierre Mutz war seit Mai 2002 Direktor der nationalen Gendarmerie. Das Übergehen des von Sarkozy vorgeschlagenen Kandidaten wird allgemein als Autoritätsdemonstration seitens Chirac gesehen.

7.11. Eine groß angelegte Demonstration „Gegen jede Form des Rassismus“ in Paris und einigen anderen französischen Städten wird vom „Mouvement contre le racisme et pour l'amitié entre les peuples“ (MRAP) in Zusammenarbeit mit der Menschenrechtsorganisation „Ligue des droits de l'homme“ und Gewerkschaften organisiert. SOS-Racisme und die „Ligue contre le racisme et l'antisémitisme“ (LICRA) sowie die großen jüdischen Vereinigungen weigern sich, neben muslimischen Organisationen wie der „Union des organisations islamiques de France“ (UOIF) zu demonstrieren, da diese antisemitische Tendenzen aufwiesen.

7.11. Sébastien Briard, ein Atomgegner, der sich an die Schienen gekettet hatte, stirbt in Avricourt (Meurthe-et-Moselle), nachdem ein Castor-Zug ihn überrollt hatte. Der Zug hatte wiederaufbereiteten Atommüll geladen und war auf dem Weg von Valognes (Manche) nach Gorleben.

8.11. Französische UNO-Truppen greifen in den wieder aufflammenden Bürgerkrieg in der Elfenbeinküste ein. Nachdem am 7. November ivoirische Regierungstruppen die Blauhelme angegriffen hatten und neun französische Soldaten getötet worden waren, zerstören die französischen Streitkräfte alle Maschinen der Luftwaffe der Elfenbeinküste. Zahlreiche Anhänger von

* Zusammengestellt vom Programm Frankreich / deutsch-französische Beziehungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin.

Präsident Laurent Gbagbo, die sich selbst „junge Patrioten“ nennen, plündern überwiegend von Europäern bewohnte Viertel der ivoirischen Hauptstadt Abidjan und setzen französische Schulen in Brand.

8.11. Der Observatoire des statistiques de l'immigration et de l'intégration veröffentlicht seinen ersten Bericht über die Immigration in Frankreich. Demzufolge ist die Anzahl der Einwanderer aus Nicht-EU-Staaten seit 2001 um 28 Prozent auf 173 100 im Jahr 2003 gestiegen. Die meisten Immigranten geben private oder familiäre Gründe an. Der Familiennachzug geht leicht zurück, die Heiratsmigration ist 2003 die größte Quelle der verstärkten Einwanderung. Der Prozentsatz der Einwanderer mit einem festen Arbeitsvertrag für mehr als ein Jahr ist von 2002 auf 2003 um 13 Prozent gesunken.

10.11. In einem Fernsehinterview auf „France 2“ kündigt Premierminister Raffarin an, er wolle innerhalb von einem Jahr die Arbeitslosigkeit um 10 Prozent senken. Dafür setze er auf das Wirtschaftswachstum und das Projekt für sozialen Zusammenhalt, den Plan Borloo.

10.11. Wirtschafts- und Finanzminister Sarkozy kündigt die teilweise Privatisierung des Nuklearkonzerns Areva an. Der Staat hält bisher 90 Prozent der Firmenanteile. „Je nach Marktlage“ sollen im ersten Halbjahr 2005 35 Prozent bis 40 Prozent des Staatsanteils an der Börse veräußert werden. Der Staat werde jedoch aufgrund der strategischen Bedeutung der Nuklearenergie mindestens die Hälfte des Kapitals behalten. Von der teilweisen Privatisierung verspricht sich das Unternehmen stärkere Wachstumschancen in den USA sowie in China.

16.11. Bei einem Treffen in Berlin dementieren sowohl Wirtschaftsminister Clement als auch sein französischer Amtskollege Sarkozy angebliche Pläne für eine geplante Fusion des Luft- und Raumfahrtkonzerns EADS mit dem Militärelektronik-Unternehmen Thales. Die französische Wirtschaftszeitung „Les Echos“ hatte am 12. November berichtet, die französische Regierung bereite eine Fusion zwischen Thales und EADS vor, wodurch ein Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 40 Milliarden Euro entstehen würde. DaimlerChrysler – einziger deutscher und mit 30,1 Prozent größter Einzelaktionär bei EADS – lehnt eine Fusion mit Thales ab.

16.11. Bei der 87. Tagung der Association des Maires de France wird Premierminister Jean-Pierre Raffarin scharf angegriffen. Laut einer am Vortag im „Courrier des Maires“ veröffentlichten Umfrage von IPSOS ist ein Großteil der französischen Bürgermeister zunehmend

unzufrieden mit dem Premierminister. Die Bürgermeister waren über ihr Vertrauen zur Regierung Raffarin in den Bereichen Dezentralisierung, Gemeindesteuern und Öffentlicher Dienst befragt worden, wobei sich in allen drei Bereichen ein deutlicher Rückgang des Vertrauens innerhalb der letzten drei Jahre herausgestellt hatte. Ein Grund für die Unzufriedenheit ist der Abbau von Schulen, Finanzämtern und Postämtern in französischen Kleinstädten.

16.11. Pierre Lellouche (UMP) wird zum Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der NATO gewählt. Der Sicherheitsexperte war von 1989 bis 1995 Berater von Jacques Chirac.

17.11. In einem Fernsehinterview mit dem Sender iTélé weist Außenminister Barnier alle Gerüchte um eine angebliche Vertuschung der Todesursache des am 11. November im Militärkrankenhaus Percy bei Paris verstorbenen palästinensischen Präsidenten Yasser Arafat zurück. Das Krankenhaus hatte mit Hinweis auf die ärztliche Schweigepflicht Angaben zur Todesursache verweigert.

18.11. Anlässlich des 100. Jahrestages der Unterzeichnung der Entente Cordiale trifft sich Staatspräsident Chirac im Rahmen seines Staatsbesuchs in Großbritannien mit dem britischen Premierminister Tony Blair. Bei dem Treffen räumen beide Seiten ein, der Irak-Krieg habe sie gespalten, sie hätten jedoch das Ziel eines „stabilen und demokratischen Irak“ gemeinsam vor Augen. In Bezug auf die Entwicklung im Nahen Osten zeigen sich Chirac und Blair einig, dass der Prozess der „Roadmap“ wieder zügig in Gang gebracht werden müsse. Ferner kündigen sie an, im Juli 2005 eine Reihe politischer Initiativen für Afrika zu ergreifen. Chirac und Blair weisen zudem auf ihre enge Zusammenarbeit bei Themen wie Afghanistan, dem Iran und dem Balkan hin. Noch am Vorabend hatte Chirac dem britischen Premier in einem Interview eine verfehlt Außenpolitik vorgeworfen.

18.11. Bildungsminister François Fillon nimmt in der Sendung „100 minutes pour convaincre“ auf dem Sender France 2 zu seiner Bildungsreform Stellung. Sie umfasst vor allem Änderungen und Erweiterungen des von Lionel Jospin im Juli 1989 durchgeführten Reformprogramms. Die Reform hat das Ziel, 80 Prozent aller Schüler einer Altersgruppe zum „baccalauréat“ zu führen und 50 Prozent der Schüler einer Altersgruppe zu einem Hochschulabschluss – gegenwärtig sind es 35 Prozent. Ein neuer Schwerpunkt werde der Spracherwerb sein. Das Erlernen einer modernen Sprache soll bereits ab dem zweiten Schuljahr zur Pflicht werden. In der Reform enthalten sind auch Vorschläge zum Kampf gegen

die Gewalt an den Schulen, für mehr Möglichkeiten, Berufspraktika zu machen, sowie für eine verstärkte Ausbildung im Umgang mit Computern.

19.11. Das Budget 2005 für die „pouvoirs publics“, darunter auch für das Amt des Staatspräsidenten sowie dessen persönliche Ausgaben, wird von der Assemblée Nationale verabschiedet. Im Haushaltsentwurf sind 31,9 Millionen Euro vorgesehen, was einer Erhöhung um 580 Prozent seit 1994 entspricht. Diese kann zum Teil durch die 2001 aufgedeckten „Fonds spéciaux“ erklärt werden, die inzwischen in das Budget des Staatspräsidenten integriert worden sind. Die Intransparenz und die mangelnde parlamentarische Kontrolle der Ausgaben des Élysée werden von der Opposition scharf kritisiert. Laut dem Abgeordneten René Dosière (PS) sei dies ein Überbleibsel der Monarchie.

22.11. In Paris fährt die Buslinie 91 im Rahmen des „Mobilien“-Programms erstmals auf einer Sonderspur. Denis Baupin, stellvertretender Bürgermeister der Stadt Paris, verfolgt das Ziel, „bis 2010 die Schadstoffemission in der Hauptstadt um 50 Prozent zu reduzieren“. Im Rahmen seiner Maßnahmen, die Alternativen zum Auto attraktiver machen sollen, wird das 2001 eingeführte Busnetz „Mobilien“ erweitert. Es soll die Schnelligkeit, Regelmäßigkeit und den größeren Komfort von 62 Buslinien in und um Paris garantieren. 2006 soll auch der 1937 eingestellte Straßenbahnverkehr wieder in Betrieb genommen werden. Schließlich ist bis 2010 eine Erweiterung des Fahrradwegenetzes um 300 Kilometer vorgesehen.

24.11.–25.11. Zum ersten Mal seit 1951 besucht mit Jacques Chirac ein französischer Staatspräsident Libyen. Zentrales Thema seiner Gespräche mit Staatschef Muammar al-Gaddafi ist der politische Dialog über den Maghreb, den Mittelmeerraum und Afrika. Bezüglich Afrika äußert sich Gaddafi kritisch über die Rolle Frankreichs im Tschad sowie in der Elfenbeinküste. Er räumt jedoch ein, er wünsche sich zum Wohl des afrikanischen Kontinents gemeinsame Bemühungen mit Frankreich. Weitere Themen sind die Wirtschaftskooperation zwischen Frankreich und Libyen mit Schwerpunkten im Energiesektor und in der Luft- und Raumfahrttechnologie sowie eine verstärkte Zusammenarbeit im Tourismus, beim Schutz des libyschen Kulturerbes und im universitären Bereich. Chirac kündigt den Neubau einer französischen Botschaft in Libyen an. Er sagt weiter, Frankreich wolle eine Annäherung zwischen Libyen und der EU fördern, da er die Einbindung Libyens in den Barcelona-Prozess für wichtig halte.

28.11. Wirtschafts- und Finanzminister Sarkozy wird mit 85,1 Prozent der Stimmen zum Chef der Regierungspartei UMP gewählt. Er übernimmt den UMP-Vorsitz von Alain Juppé, der das Amt im Juli nach einer Verurteilung in einer Parteienfinanzierungsaffäre niedergelegt hatte. Zugleich gibt Sarkozy seinen Ministerposten auf und erfüllt damit einer Forderung von Staatspräsident Chirac.

30.11. Die Zeitung „Le Parisien“ veröffentlicht eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CSA, nach der 63 Prozent der Franzosen für die Europäische Verfassung sind. Allerdings geht die Unterstützung zurück: Am 1. September waren es noch 69 Prozent, am 15. September 67 Prozent.

30.11. Staatspräsident Chirac beruft Hervé Gaymard zum Nachfolger Sarkozys im Wirtschafts- und Finanzministerium. Gaymard, seit 2002 Landwirtschaftsminister, steht im Ruf, ein loyaler Anhänger Chiracs zu sein. Auf den Posten des beigeordneten Ministers für Haushalt und Haushaltsreform wird der Chirac-Vertraute und Regierungssprecher Jean-François Copé berufen. Dieser Posten, den bereits Jacques Chirac, Laurent Fabius, Alain Juppé sowie Sarkozy selbst innehatten, wird als Sprungbrett für die höchsten Staatsämter gehandelt. Die Neubesetzung der beiden Posten durch relativ junge Politiker wird allgemein als Signal interpretiert, dass nicht nur Sarkozy die Zukunft der rechten Parteien verkörpert.

30.11. In der Assemblée Nationale wird ein Gesetzesentwurf zum „Ende des Lebens“ fast einstimmig verabschiedet. Das Gesetz räumt todkranken Menschen das Recht auf einen würdigen Tod ein. Im Entwurf von Gesundheitsminister Philippe Douste-Blazy heißt es, die medizinische Behandlung solle nicht „in unvernünftiger Weise fortgesetzt werden“ müssen. Der Fall des gelähmten Vincent Humbert, dem von seiner Mutter im September 2003 aktive Sterbehilfe geleistet worden war, hatte die Debatte ausgelöst. Bislang hatte Medizinern, die Behandlungen abbrechen oder lebenserhaltende Maschinen abstellen, jegliche rechtliche Grundlage gefehlt.

30.11. Anlässlich des bevorstehenden Welt-Aids-Tages am 1. Dezember ruft Staatspräsident Chirac zur Solidarität mit den HIV-Infizierten auf. Er spricht sich dafür aus, dass ein Bruchteil der unter anderem von Chirac befürworteten Tobin-Steuer für den Fonds mondial de lutte contre le SIDA genutzt werden soll.

Dezember

1.12. Bei einer Befragung der Mitglieder stimmt der Parti Socialiste über die EU-Verfassung ab. 58 Prozent der in zwei Lager gespaltenen Sozialisten stimmen für die Europäische Verfassung. Aus der Abstimmung geht der Vorsitzende François Hollande gestärkt hervor, der im Gegensatz zu Laurent Fabius seine Parteikollegen aufgerufen hatte, für die Verfassung zu stimmen.

1.12. Die drei weltweit führenden Zeitarbeitsunternehmen Adecco, Manpower und Vedior geben bekannt, dass die französische Wettbewerbsbehörde eine Untersuchung gegen sie eingeleitet hat. Von der Untersuchung, die sich vor allem auf einen Verstoß gegen Preisregelungen und die Verdrängung von Mitbewerbern bei öffentlichen Ausschreibungen konzentriert, seien nur die französischen Filialen der drei Unternehmen betroffen. Der französische Markt hat für sie jedoch eine Schlüsselposition inne, da sowohl Adecco als auch Vedior hier 30 Prozent des Umsatzes erzielen.

1.12. Das Berufungsgericht in Versailles verurteilt den ehemaligen Premierminister Alain Juppé zu 14 Monaten Haft auf Bewährung und ein Jahr der Nichtwählbarkeit. Er war zusammen mit weiteren Mitarbeitern des Pariser Rathauses der illegalen Parteienfinanzierung seiner damaligen Partei RPR beschuldigt worden. Im Januar dieses Jahres war er zu einer 18-monatigen Haftstrafe auf Bewährung und zehn Jahre der Nichtwählbarkeit verurteilt worden. Durch das abgemilderte Urteil ist Juppé ein möglicher Präsidentschaftskandidat.

1.12. „Le Monde“ gibt vorab Auskunft über eine Studie von Prof. Georges Felouzis, Soziologe an der Universität Bordeaux II, die die so genannten Ranglisten der Schulen, die alljährlich im Frühjahr vom Bildungsministerium herausgegeben werden, stark kritisiert. Dadurch, dass sich viele französische Eltern bei der Wahl der Schule stark von den Ranglisten beeinflussen lassen, gibt es laut der Studie einen regelrechten „Schulmarkt“. Die Studie soll in den nächsten Monaten in der „Revue française de sociologie“ veröffentlicht werden.

2.12. Beim Blaesheim-Treffen in Lübeck einigen sich Staatspräsident Chirac und Bundeskanzler Schröder auf gemeinsame Positionen für den Europäischen Rat am 16. und 17. Dezember. Unter anderem sprechen sich beide dafür aus, die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei vorzubereiten. Laut Schröder solle dies „mit dem klaren Ziel eines Beitritts“ geschehen. Staatspräsident Chirac unterstreicht, dass hierbei nicht nur die wirtschaftlichen Kriterien, sondern auch die Einhaltung der Menschenrechte eine erhebliche Rolle spielen. Soll-

ten die EU-Bedingungen von der Türkei nicht erfüllt werden, sei auch ein Abbruch der Beitrittsverhandlungen möglich. Bei dem Treffen stehen außerdem die Reform des EU-Stabilitätspakts sowie der am Vortag veröffentlichte Expertenbericht zur Reform der Vereinten Nationen im Vordergrund.

6.–12.12. Tausende französische Fachärzte streiken unter dem Motto „Frankreich ohne Spezialisten“. Genau 1111 dieser Spezialisten gehen „ins Exil“ nach Barcelona und nehmen dort an einem Kongress der Ärztevereinigung „Cnam-lib“ teil. Weitere Ärzte schließen ihre Praxen für diesen Zeitraum. 165 Privatkliniken funktionieren nur im Minimalbetrieb, da zu den Streikenden auch 750 Anästhesisten gehören. Die Aktion richtet sich gegen die Gesundheitsreform, nach deren Umsetzung die Ärzte mit Patienten- und Honorareinbußen rechnen müssen.

7.12. Die Assemblée Nationale verabschiedet nach einer Marathonsitzung das Gesetz für den sozialen Zusammenhalt, die „Loi Borloo“. Der Gesetzentwurf sieht die Bereitstellung von 15 Milliarden Euro über fünf Jahre für die Bereiche Beschäftigung, sozialer Wohnungsbau und Chancengleichheit vor. Geplant ist die Einführung eines so genannten „contrat d’avenir“ zur Wiedereingliederung von Sozialhilfeempfängern ins Arbeitsleben, eine Reform der Ausbildungen und die Aufhebung der Monopolstellung der nationalen Agentur für Arbeit. Weiter ist der Neubau von 500 000 Sozialwohnungen zwischen 2005 und 2009 vorgesehen. Der von der UMP-Abgeordneten Françoise de Panafieu eingebrachte Vorschlag, Betrieben mit über 250 Angestellten anonyme Bewerbungen – das heißt ohne Angabe von Namen, Geschlecht, Alter und Nationalität – vorzuschreiben, hatte sich nicht durchsetzen können.

7.12. Innenminister Dominique de Villepin schlägt in einem Interview mit der Tageszeitung „Le Parisien“ vor, eine Stiftung zur Verwaltung und Kontrolle der Gelder für den Bau von Moscheen einzurichten, Imamen Französisch- und Landeskundeunterricht zu erteilen und Zellen gegen radikale Islamisten in den wichtigsten Provinzstädten zu schaffen. Er sei der Meinung, die Finanzierung der Moscheen durch den Staat könne unabhängig von der von UMP-Präsident Sarkozy vorgeschlagenen Gesetzesänderung geschehen.

7.12. Die Ergebnisse der PISA-Studie 2003, die sich auf die mathematischen Kompetenzen konzentriert hatte, werden veröffentlicht. Frankreich nimmt den 16. Platz ein. Wie bei der Studie des Jahres 2000 liegt Deutschland in allen Bereichen drei bis fünf Plätze hinter Frankreich.

8.12. In Bordeaux, Avignon, Mâcon und im Val de Loire demonstrieren über 10 000 Weinbauern. Grund dafür sind vor allem die sinkenden Weinpreise. Der durchschnittliche Preis für roten Bordeaux liegt derzeit bei etwa 88 Euro pro Hektoliter. Noch im Winter 2000/2001 hatte der Hektoliterpreis bei 123 Euro gelegen. Hinzu kommen große Absatzschwierigkeiten, die die Winzer unter Druck setzen. Der Weinkonsum ist in den letzten Jahren zurückgegangen. Zugleich hat die Konkurrenz aus dem Ausland zugenommen. Noch im Jahr 1980 hatten bei einer Umfrage des „Office national interprofessionnel des vins“ 46,9 Prozent der Befragten angegeben, sie konsumierten jeden Tag oder fast jeden Tag Wein, demgegenüber waren es im Jahr 2000 nur noch 23,5 Prozent.

8.12. In einem Interview mit der Zeitung „Le Figaro“ äußert sich Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie zu den Präsidentschaftswahlen 2006. Sie sei der Meinung, Staatspräsident Chirac solle für eine weitere Periode kandidieren, um eine Spaltung der UMP zu vermeiden. Für sie sei es undenkbar, dass die UMP einen eigenen Präsidentschaftskandidaten benenne.

8.12. Jean-Cristophe Mitterrand, ältester Sohn des ehemaligen Staatspräsidenten, wird wegen Steuerhinterziehung von rund 600 000 Euro in den Jahren 1998 und 1999 zu 30 Monaten Haft auf Bewährung und einer Geldstrafe von 30 000 Euro verurteilt.

8.12. 30 Jahre nach der Einführung der Loi Veil, die seit 1974 den Schwangerschaftsabbruch legalisiert, wird eine gemeinsame Studie des „Institut national de santé et de recherche médicale“ und des „Institut nationale d'études démographiques“ veröffentlicht. Danach ist die Anzahl der Schwangerschaftsabbrüche mit etwa 200 000 pro Jahr konstant geblieben. Statistisch komme es zwar dank der Aufklärung und leicht zugänglicher Verhütungsmittel zu weniger ungewollten Schwangerschaften, von denen jedoch vergleichsweise viele abgebrochen würden. 1975 waren es vier von zehn, heute sechs von zehn. Heutzutage wünschen mehr Eltern, ihr Kind zum „richtigen Zeitpunkt“ zur Welt zu bringen.

9.12. Premierminister Raffarin stellt sich vor der Versammlung der Präfekte klar gegen den Wunsch von UMP-Präsident Sarkozy, das Gesetz von 1905 über die Trennung von Kirche und Staat, welches einen Grundpfeiler der Republik darstelle, zu ändern. Sarkozy hatte eine Reform des Gesetzes vorgeschlagen, um dem Staat eine Finanzierung des Baus von Moscheen zu ermöglichen. Er hatte sich davon einen „französischen Islam“ statt eines „Islam in Frankreich“ versprochen.

9.12. Premierminister Raffarin gibt den Beschluss, 2005 den Nachrichtensender CII (Chaîne d'information internationale) zu gründen, bekannt. Das Projekt, auf dessen Verwirklichung vor allem Staatspräsident Chirac gedrängt hatte, sieht eine Zusammenarbeit der öffentlich-rechtlichen Unternehmensgruppe France Télévision mit dem Privatsender TF1 vor. Der Nachrichtenkanal wird weltweit in französischer und auch englischer Sprache ausgestrahlt werden. Die Kosten für die Anlaufphase werden sich auf 30 Millionen Euro belaufen.

9.12. Laut dem neuesten Bericht des „Haut Comité pour le logement des personnes défavorisées“, der französischen Behörde für Notunterkünfte, ist die Zahl der Notunterkünfte seit 1990 von 65 000 auf 90 000 gestiegen. Dennoch würden 46 Prozent der Anfragen abgewiesen. Die hohe Nachfrage geht laut Bericht einerseits darauf zurück, dass viele Asylbewerber dauerhaft in Notunterkünften wohnen. Andererseits sei die Zahl der 18- bis 24-jährigen Bewohner von Notunterkünften im Lauf des Jahres 2003 um 30 Prozent gestiegen.

11.12. „Le Monde“ veröffentlicht einen Artikel, demzufolge die Überschreitungen von Geschwindigkeitsbegrenzungen seit der Einführung von automatischen Radarkontrollen im Herbst 2003 deutlich zurückgegangen sind. Unter anderem habe dies dazu geführt, dass die Anzahl der Todesfälle im Straßenverkehr 2004 um knapp 10 Prozent auf 5 250 gesunken sei. Damit liege sie jedoch immer noch über dem von Verkehrsminister Gilles de Robien vorgegebenen Ziel (höchstens 5 000).

11.12. Im Rahmen des Ausbaus der öffentlichen Verkehrsmittel wird die seit 1936 stillgelegte Bahnstrecke zwischen St.-Germain-en-Laye und Noisy-le-Roi im Département Yvelines wieder in Betrieb genommen. Allein der Ausbau dieser Strecke von knapp zehn Kilometern hatte 90,58 Millionen Euro gekostet. Bis 2012 sollen eine Nordtangente und eine Südtangente zur Île-de-France ausgebaut werden, um den neuen Verkehrsströmen gerecht zu werden.

13.12. Kurz vor der Entscheidung über Beitrittsverhandlungen zur EU mit der Türkei veröffentlicht „Le Figaro“ eine Umfrage. Dabei sprechen sich 67 Prozent der befragten Franzosen gegen den Beitritt der Türkei, 54 Prozent jedoch für eine Aufnahme von Beitrittsverhandlungen aus. 31 Prozent der Befragten erklären, sie würden wegen der Türkei-Frage auch gegen die EU-Verfassung stimmen.

14.12. Das Wirtschaftsministerium bestätigt, dass ab dem 1. März 2005 das Porto für Briefe innerhalb Frankreichs auf 53 Cent, für Briefe innerhalb von Europa auf

55 Cent angehoben werden soll. Die französische Post hatte zwar eine generelle Erhöhung der Portos angestrebt, hatte aber – da das nationale Porto mit dem zuständigen Ministerium abgestimmt werden muss – nur die internationalen Porti erhöhen können.

14.12. Staatspräsident Chirac eröffnet das Viadukt von Millau. Die mit 270 Metern weltweit höchste Brücke, welche das Tarntal überbrückt, war in nur drei Jahren erbaut worden. Die Kosten des Projektes hatten sich von staatlicher Seite auf 50 Millionen Euro belaufen. Das private Bauunternehmen Eiffage hatte weitere 400 Millionen Euro investiert. Im Gegenzug hatte der Staat dem Unternehmen die Konzession erteilt, ab der Eröffnung eine Maut für die Brückenpassage zu erheben.

15.12. Bei seinem Besuch in Israel bekundet UMP-Präsident Sarkozy seine Sympathie mit dem hebräischen Staat und betont, das Ausmaß des Antisemitismus sei in Frankreich lange unterschätzt worden. Hinsichtlich des Nahostkonflikts erklärt er, er habe eine einfache Vorstellung von einem friedlichen Nahen Osten: zwei Staaten und das Recht Israels auf Sicherheit. Er hebt sich damit von Staatspräsident Chirac ab, der von vielen in Frankreich lebenden Juden als „proarabisch“ bezeichnet wird.

15.12. Das Europäische Parlament spricht sich mit deutlicher Mehrheit für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aus. Die vom Mitglied der EVP-Fraktion Jacques Toubon verteidigte Alternative einer privilegierten Partnerschaft wird abgelehnt.

16.12. Das nationale Statistikinstitut INSEE veröffentlicht seinen vierteljährlichen Konjunkturbericht. Diesem zufolge wird das Wirtschaftswachstum 2005 nicht mehr als 2 Prozent betragen. Die Kaufkraft der Franzosen ist laut Bericht im zweiten Halbjahr 2004 um 0,5 Prozent gestiegen.

17.12. In einem Interview mit „Le Figaro“ teilt Arnaud Lagardère, Vorstand des gleichnamigen Medienkonzerns und Inhaber von 15 Prozent der Anteile der EADS, seinen Entschluss mit, den gegenwärtigen Airbus-Chef Noël Forgeard als französischen Ko-Präsidenten an die Spitze von EADS zu berufen. Nachdem der deutsche Hauptaktionär DaimlerChrysler bereits Thomas Enders als neuen deutschen EADS-Ko-Präsidenten benannt hatte, ist damit der Führungswechsel an der Konzernspitze perfekt. Der Vorgänger von Enders, Rainer Hertrich, hatte seinen Rückzug angekündigt, als sich eine Ablösung seines französischen Gegenparts Philippe Camus durch Forgeard abzuzeichnen begann. Die Benennung von Forgeard ist in wesentlichem Maße auf das Drängen von Staatsprä-

sident Chirac zurückzuführen. Dem künftigen französischen Ko-Präsidenten werden Pläne nachgesagt, die Doppelspitze bei EADS durch eine einfache französische zu ersetzen.

18.12. Mithilfe einer Ariane-5-Rakete wird der Beobachtungssatellit Helios II-A von der Basis in Kourou in Französisch-Guayana in das Weltall gebracht. Er soll vorwiegend Frankreich, Belgien und Spanien mit Informationen zu militärischen Zwecken beliefern. Neben Helios II-A bringt die Ariane vier Satelliten des Typs Essaim, einen Parasol-Satelliten und einen spanischen Mikrosatelliten in die Umlaufbahn der Erde. Die Kosten des Projekts Helios II werden mit 1,8 Milliarden Euro veranschlagt. Es wird zu 95 Prozent von Frankreich finanziert, die übrigen 5 Prozent der Kosten fallen zu gleichen Teilen Belgien und Spanien zu.

21.12. Der Gesetzentwurf zur Einführung einer Behörde zum Schutz gegen Diskriminierung und für Gleichberechtigung wird vom Senat endgültig verabschiedet. Mit dem Gesetz wird eine EU-Richtlinie vom 29. Juli 2000 zum Prinzip der Gleichbehandlung erfüllt.

21.12. Die beiden am 20. August im Irak entführten französischen Journalisten Georges Malbrunot und Christian Chesnot werden nach viermonatiger Gefangenschaft durch die „Islamische Armee im Irak“ freigelassen und der französischen Botschaft in Bagdad übergeben.

21.12. In der Präfektur Seine-Saint-Denis werden fünf Frauen, die an der feierlichen Zeremonie zu ihrer Einbürgerung beziehungsweise der ihrer Verwandten teilnehmen wollen, abgewiesen, weil sie Kopftücher tragen. Das Kopftuchverbot in Frankreich gilt zwar nur für Schulen, doch wenn „Personen durch ein Verhalten, das den Werten der Republik widerspricht, den Ablauf einer Zeremonie stören, kann der Organisator seine Konsequenzen ziehen“, so ein Sprecher des Innenministeriums.

28.12. Das „Institut de recherche et de documentation en économie de la santé“ veröffentlicht eine Studie, laut welcher die Verschreibung von Antibiotika zwischen dem Winter 1996/1997 und dem Winter 2002/2003 um etwa ein Drittel zurückgegangen ist. Dies wird unter anderem darauf zurückgeführt, dass zwischen 1992 und 1996 noch 55,8 Prozent der diagnostizierten Grippe mit Antibiotika behandelt wurden, die keinen Effekt auf die Erkrankung hatten. Im Jahr 2001 war Frankreich europaweit der größte Konsument von Antibiotika gewesen.